

Grosser Gemeinderat

Worb, 25. Juni 2024

426. Sitzungsprotokoll

Termin	Montag, 24. Juni 2024, 19:30 Uhr
Sitzungsende	21:28 Uhr
Ort	Bärenplatz 2, Worb, Gemeindesaal
Leitung	Federer Guido (SP), Präsident
2. Vizepräsident	Marchand Andy (FDP)
1. Stimmzählerin	Moser-Utiger Silvia (EVP)
2. Stimmzähler	Bützberger Ernst (Mitte)
Mitglieder	Cetin Christopher (EVP) Cetin Mayk (EVP) Moser Titus (EVP) Bieri-Meyer Marianne (FDP) Christensen Sven (FDP) Hager Rolf (FDP) Lanfranconi Elena (FDP) Schmidhalter Norbert (FDP) Stucki Daniel (FDP) Hofmann Danilo (Mitte) Jost-Pfister Catarina (GLP) Wyss Eduard (Mitte) Bigler Markus (SVP) Fivian Bruno (SVP) Meister Stefan (SVP) Moser Stefan (SVP) Reber Markus (SVP) Bircher Andreas (SP) Flentje Burkhard Sibylle (Grüne) Gerber-Maillefer Myriam (Grüne) Günther Paula (Grüne) (ab 19.36 Uhr, Geschäft Nr. 1) Heil Günter (Grüne) Hodler Adrian (SP) Marthaler Matthias (SP) Maurer Rolf (SP) Mosimann Heidi (Grüne) Wirth Alfred (SP) Wyss Ursula (SP)
Abwesend	Dürst Iris (SP) Graf Gregory (FDP) Jorio Marco (GLP) Steinmann Hans Ulrich (SVP) Wenger-Steiger Sybille (SVP)

Zingg Stephan (SVP), 1. Vizepräsident
Zürcher Deborah (parteilos)
Zwyer Lukas (Mitte)

Gemeinderat	Gfeller Niklaus, Gemeindepräsident Gerber Urs Hauser Adrian Kölliker Lenka Moser Christoph Waber Karin Wermuth Bruno
Abteilungsleitende	Leiser Stephan, Leiter der Sozialdienste (bis 21.05 Uhr, Geschäft Nr. 6) Reusser Christian, Gemeindeschreiber Weil Jonas, Leiter der Finanzabteilung (bis 20.50 Uhr, Geschäft Nr. 5)
Sekretariat	Bigler Jürg, Gemeindeschreiber-Stellvertreter
Protokoll	Bigler Jürg, Gemeindeschreiber-Stellvertreter

Geschäfte

1. 12/0/0 Parlament
Mitteilungen
2. 12/0/0 Parlament
Protokoll der Sitzung vom 13. Mai 2024: Genehmigung
3. 12/10/7 Verwaltungsberichte
Verwaltungsbericht 2023: Genehmigung
4. 21/20 Gemeinderechnungen
Jahresrechnung 2023: Genehmigung
5. 44/30/2 Beschäftigungsprogramme für ausgesteuerte Personen
gleis2 sozialwerk; Neufassung der Produktedefinition: Genehmigung
6. 12/0/0 Parlament
"Einführung Jugendvorstoss", Motion der FDP-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung
7. 13/10 Verwaltungsorganisation
"Stand der Umsetzung: Digitalisierung der Verwaltung und Datenschutz", einfache Anfrage der FDP-Fraktion: Stellungnahme
8. 37/2 Natur
"Begrünung öffentlicher Flächen", Postulat der SP+Grüne-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung
9. 41/71/0 Wohnen im Alter
"Wohnen im Alter", Interpellation der SP+Grüne-Fraktion: Stellungnahme
10. 12/0/0 Parlament
Parlamentarische Vorstösse: Neueingänge

Traktandenliste

Feststellung:

Die Traktandenliste bleibt unbestritten.

Verhandlungen

Mitteilungen

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlusnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 426	24.06.2024	1	2021/24-252	143	12/0/0

Ratspräsident Federer Guido: Ihr habt den Flyer zum Ratsausflug erhalten. Es würde mich freuen, wenn möglichst viele von euch kommen würden.

Bircher Andreas, GPK: Ich spreche im Namen der GPK und adressiere mich ganz fest an dich, Bruno. Ich hatte dich bereits vorgewarnt. Es ist nicht persönlich, aber inhaltlich. Ich nehme Stellung zu einer Aussage von Bruno in der Worber Post vom 29. Mai. Es geht um den Bericht über die Umstellung auf LED. Ich wurde zitiert in meiner Funktion als Präsident der GPK und du, Bruno, als zuständiger Gemeinderat für dieses Geschäft. Der Bericht trug den Titel "LED-Umstellung – Gemeinderat muss noch mal über die Bücher". Jawohl, der muss. Warum? Das Parlament wollte dies so und nicht die GPK. Den Bericht finde ich ausgewogen, von Seiten der GPK. Meine Darstellungen wurden dargestellt sowie auch die Seite des Gemeinderates. Vielleicht ist es die Gelegenheit, jetzt Andrea Widmer für den Bericht zu danken. Eine Aussage von dir, lieber Bruno, ist mir aufgestossen. Möglicherweise hast du dies aus einem Frust gesagt. Ich zitiere wörtlich: "Werden im Vorfeld solche verheerenden Falschaussagen von der GPK gemacht, ohne dass alle Akten eingesehen wurden, ist es schwierig, die vorgefassten Meinungen an der Parlamentssitzung noch zu ändern." Diese Aussage kann ich nicht so stehen lassen. Wenn die GPK Fragen stellt wie zum Beispiel zu einem Mengengerüst, zum Zeitplan, der Etablierung der Umstellung auf LED-Beleuchtung, der Dringlichkeit des Geschäfts oder ob die Subventionen tatsächlich garantiert sind, dann sind das alles Fragen, nicht Aussagen. Aussagen können wahr oder falsch sein, sie können tatsächlich auch verheerend sein. Das sind die sogenannten Fake-News. Ich kann mich nicht erinnern, dass ich, im Namen der GPK, hier Fake-News hätte verlauten lassen. Fragen können, im Gegensatz zu Aussagen, nicht wahr oder falsch sein, sondern klug oder dumm. Ich habe einmal gelernt, dass es keine dummen Fragen gibt, nur dumme Antworten. Deshalb Bruno, erwarte ich zu meinen Aussagen keine Antwort von dir. Dann habe ich noch etwas anderes. Im Anschluss an die vergangene GGR-Sitzung musste ich draussen auf dem Platz erfahren, dass mindestens ein Schulhaus der Gemeinde Worb die Umstellung auf LED-Beleuchtung bereits umgesetzt hat. Da war offensichtlich ein Hauswart, der für sein Schulhaus eine Opportunität gesehen und gehandelt hat. Er hat diese Umstellung vorgenommen, hat möglicherweise zu Gunsten der Gemeinde gearbeitet und hatte genug Budget dazu. Genau dies hätte in der Botschaft vorkommen müssen. Was, wann, wie, wo und wieviel – genau diese Fragen, die von der GPK gestellt wurden. Nach einem Mengengerüst, nach der Etablierung, nach einem Zeitplan und nach der Finanzierung. Das hätte ich erwartet.

Gerber Urs, Departementsvorsteher Sicherheit: Möglich, dass einige von euch heute Abend auf das Geschäft betreffend Ersatzbeschaffung eines Tanklöschfahrzeugs gewartet haben. In der Information für den GGR war eine kurze Mitteilung, dass dies heute nicht der Fall sein wird und warum dies so ist. Dazu möchte ich noch einiges sagen. Der Gemeinderat stand vor der Herausforderung, dass sich die Feuerwehr ein neues, grosses TLF wünschte. Die GVB, die im Auftrag des Kantons die Aufsicht der Feuerwehren inne hat, hat uns hingegen beraten, auf eine Neubeschaffung zu verzichten. Im letzten halben Jahr ist es nicht gelungen, diesen Widerspruch befriedigend zu lösen und es haben sich viele Fragen ergeben, die wir in dieser Zeit nicht beantworten konnten. Der Gemeinderat konnte sich für keine Kompromisslösung des Departements Sicherheit erwärmen und bereits in seiner ersten Lesung wurde das Geschäft dem Departement zurückgewiesen, mit dem Auftrag, für die Feuerwehr vorerst eine Strategie zu erarbeiten. Sie soll aufzeigen, wie sich die Feuerwehr in den nächsten 10 oder mehr Jahren entwickeln wird. Was ist genau der Auftrag der GVB? Könnte sich dieser ver-

ändern? Was sind die Bedürfnisse der Gemeinde? Wie ist die Feuerwehr miliztauglich zu bewahren? Mit welchen Mitteln nimmt die Feuerwehr diesen Auftrag wahr? Und wie ist dieser Auftrag möglichst kostengünstig auszuführen? Die Strategie wird Auswirkungen auf Beschaffungen in der Zukunft haben. Mit der Abschaffung des NPM-Produkts für die Feuerwehr haben wir vor ein paar Jahren auch die Leistungskriterien abgeschafft. Ich muss sagen, dass wir es versäumt haben, konkrete Ziele für die Feuerwehr festzulegen, wie auch Qualitätsziele, die regelmässig überprüft werden, wie es in jeder Organisation gang und gäbe ist. Zudem hat der Gemeinderat festgelegt, dass bei der Erarbeitung der Strategie eine externe Beratung hinzugezogen werden muss. Als ersten Schritt wird zusammen mit dem Feuerwehrkommando eine Projektdefinition erarbeitet, die in der Sicherheitskommission beraten und vom Gemeinderat genehmigt wird. Das TLF Worb ist durchaus in die Jahre gekommen, ist aber gut unterhalten worden und durchaus funktionsfähig, also in einem recht guten Zustand. Würde aber ein Ausfall eintreten könnte man sagen, dass wir über ein zweites TLF verfügen, welches die Sicherheit jederzeit, auch bei einem Ausfall, gewährleistet. Das Aufschieben dieses Entscheides für oder gegen eine Ersatzbeschaffung, allenfalls welche Beschaffung, ist für uns kein sicherheitsrelevantes Problem.

Christensen Sven, FDP: Am 16. Oktober 2023 haben wir von der FDP die dringliche Interpellation betreffend Problematik oder wie ich es nenne "Rettung des Wisleparks" eingebracht. Leider haben wir keine Sitzung mehr vor den Sommerferien, da diese abgesagt wurde. An dieser Stelle möchte ich der Kommission meinen Dank aussprechen. Ich finde, wir sind eine grossartige Kommission. Wir arbeiten extrem gut zusammen, sind fleissig und versuchen, Lösungen zu finden, kommen jedoch nicht so effizient vorwärts, wie wir uns dies wünschen. Neun Monate sind seit dem 16. Oktober vergangen und bald schon nach den Sommerferien beginnt die Wintersaison und aus unserer Sicht sind wir nicht dort, wo wir sein möchten. Für mich heisst dringlich schon dringlich. Es sind Gerüchte im Umlauf, welche bisher nicht zu den Medien gelangt sind und das bleibt so. Wir sind glücklich über Investitionssummen, den Veränderungen im Verwaltungsrat und vielleicht wäre es an dieser Stelle gut, wenn von deiner Seite der GGR informiert würde, wo wir stehen und wie es weitergehen wird. Wir finden, es sollte effizienter vorwärtsgehen und den Leuten nicht so viel Zeit gegeben werden. Ich von meiner Seite war schon im Wellnesspark, um auszuprobieren, wie das ist. Ich kann euch dies empfehlen. In diesem Sinn wünsche ich einen schönen, heissen und hitzigen Sommer.

Reber Markus, SVP: Wie üblich haben wir das Informationsschreiben erhalten. Es informiert über den Stand der jeweils genehmigten Geschäfte. Mir ist aufgefallen, dass es wieder einmal um den Meili geht. Hier steht, dass wir diesen Kredit bewilligt haben, der Ersatz somit bewilligt ist und dass der neue Meili bestellt wurde. Meine Frage: gibt es nun anstatt eines Unimog einen Meili oder wurde etwas falsch geschrieben? Dasselbe haben wir schon erlebt mit dem Aebi, wo es dann doch einen Meili gab. Ich wäre froh, wenn ich mehr darüber wüsste, wie es genau läuft.

Wermuth Bruno, Departementvorsteher Bau: Der Kredit von 210'000 Franken wurde gesprochen und nach dem Ausschreibungsverfahren hat man sich für den Aebi entschieden, da dieser Preis besser war als derjenige von Meili. Der Aebi wurde also angeschafft für den Meili 3500. Für den Unimog hatten wir einen bewilligten Kredit von 350'000 Franken. Das Angebot von Mercedes wurde genau geprüft und man hat geschaut, auf was man verzichten kann. Der Preis ist dadurch auf 334'000 gesunken und das Fahrzeug sollte im Herbst nach Worb geliefert werden.

Protokoll der Sitzung vom 13. Mai 2024: Genehmigung

Sitzung Nr. 426	Datum 24.06.2024	Traktandum 2	Beschlussnummer 2021/24-253	Geschäftsnummer 144	Archivnummer 12/0/0
--------------------	---------------------	-----------------	--------------------------------	------------------------	------------------------

Feststellung:

Weil keine Wortbegehren gestellt werden, erklärt der Vorsitzende das Protokoll als genehmigt.

Verwaltungsbericht 2023: Genehmigung

Sitzung Nr. 426	Datum 24.06.2024	Traktandum 3	Beschlussnummer 2021/24-254	Geschäftsnummer 361	Archivnummer 12/10/7
--------------------	---------------------	-----------------	--------------------------------	------------------------	-------------------------

Detailberatung

Allgemeine Bemerkungen

Marchand Andy, ASK: Die ASK stellt fest, dass der Verwaltungsbericht 2023 informativ, übersichtlich und gut lesbar ist. Er gibt einen umfassenden Überblick über das vergangene Jahr und das in nützlicher Grösse. Änderungsvorschläge wurden aufgenommen und umgesetzt, wie zum Beispiel das farbige Ampelsystem. Ein grosser Dank geht an alle Personen, die an der Aufbereitung und Fertigstellung des Verwaltungsberichts beteiligt waren. Die ASK hat Fragen an die jeweiligen Departemente vorgängig auf der Verwaltung eingereicht und ich werde diese bei der kapitelweisen Beratung vortragen.

Flentje Burkhard Sibylle, SP+Grüne: Die Fraktion SP+Grüne dankt der Verwaltung und dem Gemeinderat für den interessanten und gut strukturierten Bericht. Wir haben zwei Anmerkungen zu den Vorstössen auf der Seite 6 und auf Seite 9. Auf Seite 6 fehlt unser Postulat "Sichere Verbindung Langsamverkehr Richigen-Worb". Wir erwarten, dass dieser Vorstoss im nächsten Verwaltungsbericht wieder aufgeführt wird. Auf Seite 9 möchte ich mich für ein Postulat von uns einsetzen, welches abgeschrieben werden sollte. Es handelt sich um "Worblentalwärts nach Enggistein". Das Parlament hat das Postulat im Oktober 2021 gegen den Willen des Gemeinderates als erheblich erklärt. Wir finden die Begründung der Abschreibung im Verwaltungsbericht sehr knapp. Aus der kurzen Antwort ist für uns nicht ersichtlich, welche zusätzlichen Abklärungen seither getroffen worden sind. Folgende Punkte sind für uns noch nicht geklärt: 1. In der Begründung bezieht sich der Gemeinderat lediglich auf das Teilstück zwischen der Sternenmatt und dem Rubigen Kreisel. Zur Schliessung der bestehenden Lücke zwischen dem Richigengraben und der Überbauung Agroba äussert er sich nicht. Auch der Anschluss nach Enggistein über den Werkhof der Firma Gerber ist unbefriedigend. Hat der Gemeinderat in diesen Bereichen etwas abgeklärt oder sind überhaupt alternative Routen geprüft worden? 2. Der Gemeinderat argumentiert mit erheblichen Kosten zur Realisierung von einem Weg vom Richigenkreisel in die Sternenmatt. Was veranlasst den Gemeinderat zu denken, dass diese Kosten so hoch sind, und von welcher Grössenordnung sprechen wir? Im Rahmen des Hochwasserschutzprojektes wurde dort bereits ein Landwirtschaftsweg realisiert aber benutzen kann man diesen jedoch nicht, da die Grundeigentümerschaft dies nicht wollen. Sie stützen sich auf eine Vereinbarung, welche mit der Gemeinde getroffen wurde. Diese Vereinbarung entstand ohne Einbezug des Parlamentes. Was wurde darin konkret festgehalten und wie hat man das öffentliche Interesse an einer Fusswegverbindung gewichtet? 3. Der Gemeinderat zieht das Fazit, dass er es weiterhin als sinnvoll erachtet, das bestehende Wegnetz gemäss dem Richtplan zu stärken und das Postulat deswegen abgeschrieben werden kann. Da widerspricht er sich selbst. Die Fusswegverbindung durch den Richigengraben nach Enggistein ist im Richtplan enthalten. Im ergänzenden Erläuterungsbericht wird der Richigengraben sogar speziell als Naherholungsgebiet mit hohem Potenzial erwähnt. Für dieses Gebiet wurde sogar eigens ein Massnahmenblatt ausgearbeitet. Unserer Fraktion ist klar, dass die Umsetzung dieses Postulats nicht oberste Priorität hat, aber aufgrund von diesen vielen offenen Fragen sind wir der Meinung, dass noch Klärungsbedarf besteht. Ich stelle deshalb den Antrag, dieses Postulat nicht abzuschreiben. Es ist nicht das erste Mal, dass ein Vorstoss mit unbefriedigender Begründung abgeschrieben werden soll. Dieses Mal hat es uns getroffen, aber in anderen Jahren mussten sich diverse Parteien bereits einsetzen, dass ihre Vorstösse nicht abgeschrieben werden. Meistens, da die Begründung im Verwaltungsbericht nicht nachvollziehbar aufgezeigt hat, was abgeklärt oder bereits umgesetzt wurde. Wir reichen heute ein Postulat ein, welches fordert, dass sich der Gemeinderat überlegt, wie er in Zukunft dem Parlament besser und vertiefter erklären kann, warum ein Vorstoss abgeschrieben wird. Vielen Dank für eure Unterstützung. Bei der Detailberatung werden wir uns nicht mehr zu Wort melden, da unsere Anmerkungen bereits von der ASK vertreten werden.

Jost-Pfister Catarina, Mitte/glp: Unsere Fraktion Mitte/glp hat den Bericht studiert. Ich gehe weder auf Details noch die einzelnen Geschäfte ein, aber mir ist es ein Anliegen, gesamthaft zum Bericht etwas zu sagen. Dahinter steckt sehr viel Arbeit und wir bedanken uns herzlich bei den Personen, welche dies erarbeitet haben. Es ist mir ein Anliegen, dass wir uns beim Durchlesen mal überlegen, wieviel Arbeit dahintersteckt. Dieser Verwaltungsbericht ist nicht nur ein Bericht und das muss uns allen wichtig sein. Es ist ein Leitfaden, um zu

wissen, was sich in der Gemeinde ereignet. Man kann einzelne Positionen rauspicken und diese genauer anschauen, wozu diese auch dienen, aber es ist auch eine Grundlage für uns Politiker und Politikerinnen zum Nachlesen, was mit der Gemeinde los ist. Für alle angehenden Politiker und Politikerinnen wünschte ich mir, dass man sich damit beschäftigt und eine Grundlage schafft. Ich habe bereits letztes oder vorletztes Jahr vorgeschlagen, auch während des laufenden Jahres ab und zu im Bericht zu lesen, denn er ist sehr vielfältig und man kann nicht alles auf einmal wahrnehmen. Wenn wir den Inhalt nicht kennen, wissen wir auch nicht viel über die Gemeinde und das ist wichtig, um Entscheidungen zu fällen. Bitte nehmt diese Lektüre jährlich wieder zur Hand und staunt, wie ich, wenn ich wieder etwas lese, was in der Gemeinde passiert, worüber ich nichts wusste. Noch einmal herzlichen Dank. Wir sind gespannt, was uns dieses Jahr bringt.

Lanfranchi Elena, FDP: Wir bedanken uns bei den Verfassern des Verwaltungsberichts. Der Verwaltungsbericht liefert einen umfassenden und interessanten Überblick über das vergangene Jahr und man findet immer wieder etwas Neues, das man bisher nicht wusste. Was uns auch sehr freut, dass Anregungen und Wünsche aus dem Parlament aufgenommen und umgesetzt werden. Trotzdem möchten wir, wie in den letzten beiden Jahren, noch einmal auf die Zielformulierung zu sprechen kommen. Ziele sollten spezifisch, messbar, ausführlich, ausführbar, realistisch und terminiert sein. SMART halt eben. Wenn man sich die Ziele anschaut, gibt es grosse Unterschiede in den Formulierungen. Ich möchte ein Beispiel nennen, Punkt 1.4., Departement Umwelt: Der Rohstoffverbrauch pro Kopf der Bevölkerung ist zurückgegangen. Dieses Ziel ist ziemlich einfach zu erreichen. Wenn der Rohstoffverbrauch um 0,1 % zurückgeht, ist das Ziel erreicht, jedoch der gewünschte Effekt dieses Ziels trotzdem nicht. Wir hoffen, dass auch diese Anregung ihren Weg in den nächsten Verwaltungsbericht finden wird. Wir werden uns bei der Detailberatung auch nicht mehr weiter melden und genehmigen diesen Verwaltungsbericht.

Cetin Mayk, EVP: Auch von unserer Seite, der EVP, vielen Dank für die Arbeit, die wir alljährlich schätzen. Catarina hat dies richtig gesagt, es dient uns Politiker als gutes Nachschlagewerk. Wenn wir von Leuten angesprochen werden, wie es um ein Geschäft steht, wie es läuft, was genau läuft in der Gemeinde usw., dann haben wir unglaublich viel Material. Noch zur Anregung betreffend abzuschreibende Vorstösse. Auch wir haben uns schon gewünscht, dass die Gründe für eine Abschreibung ausführlicher wären. Die Frage ist, ob wir dies in einen Verwaltungsbericht einbeziehen. Oder gibt es vorgängig eine Rückmeldung an die Verfasser des Vorstosses, damit rechtzeitig noch reagiert werden kann? Ich finde, diese Überlegung macht durchaus Sinn. Auch wir werden uns nicht mehr melden. Vielen Dank an die Verfasser.

Meister Stefan, SVP: Auch wir von der SVP möchten uns bedanken für die Erstellung des Verwaltungsberichts. Wie im letzten Jahr ist der Bericht gut, übersichtlich, informativ und verständlich. Es beinhaltet was nötig ist und nicht mehr. Auch die optische Darstellung mit dem Ampelsystem erachten wir als sehr gut. Die SVP wird den Verwaltungsbericht genehmigen und auch wir werden keine weiteren Fragen haben.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus: Vielen Dank für die guten Rückmeldungen zum Verwaltungsbericht. Bedauerlicherweise habe ich die Frage zu den Vorstössen nicht erhalten, dann hätte ich mich besser vorbereiten können, aber ich gebe mein Bestes. Das fehlende Postulat "Sichere Verbindung Langsamverkehr Richigen-Worb" wurde 2020 als erheblich erklärt und vom Gemeinderat an das Departement Bau überwiesen. Es geht um die Kantonsstrasse, die betroffen ist. Je nach Streckenwahl ist es entlang der Richigenstrasse oder entlang der Trimsteinstrasse, je nachdem wie man Worb von Richigen erreichen will. Das kantonale Tiefbauamt hat zugesagt, dass die Verbindung Richigen-Worb mit einem Kurzgutachten überprüft werden soll. Das wurde gemacht und all die Verbesserungsmaßnahmen wurden in der Zwischenzeit auch umgesetzt. Unter anderem wurde eine Tempo 40 Tafel zur Einmündung in den Gsteigweg verschoben. Auf der Trimsteinstrasse wurde die Geschwindigkeit auf 60 begrenzt und der Rechtsvortritt bei der Verzweigung Trimsteinstrasse/Gsteigweg wurde gekennzeichnet. Der Kanton sieht die Sache als abgeschlossen an und sieht keine weiteren Massnahmen vor. Aus diesem Grund hat der Gemeinderat letztes Jahr beantragt, dass das Postulat abgeschrieben und ihr vom GGR habt beschlossen, dass dieser nicht abgeschrieben werden soll. Das Postulat wird aufgrund eures Entscheides selbstverständlich in unserem Verzeichnis der parlamentarischen Vorstösse weiter aufgeführt und ist fälschlicherweise hier im Verwaltungsbericht nicht erwähnt. Ich bedaure es, dass dies von uns nicht bemerkt worden ist. Das Anliegen, dass der langsame Verkehr von Richigen nach Worb sicherer werden soll, wird von uns weiterbearbeitet. Erst kürzlich wurde im Rahmen der Mitwirkung zur regionalen Velonetzplanung Bern-Mittelland erneut darauf hingewiesen, dass die Situation auf der Trimsteinstrasse von der Einmündung des

Gsteigweges bis zur Einmündung in die Trimsteinstrasse/Richigenstrasse für Velofahrende unbefriedigend und gefährlich ist. Ihr stellt fest, wir sind da weiterhin am Wirken und der Vorstoss wird selbstverständlich wieder aufgeführt. Dies dazu. Zu der anderen Sache, zum Vorstoss "Worblentalwärts nach Enggistein", der erwähnt wurde, steht: Der Gemeinderat soll den bestehenden Spazier- und Wanderweg Worblentalwärts bis in die Bächelmatt verlängern und weiter bis zum Richigengraben. Es handelt sich um den Wanderweg durchs Worblental bis zur Einmündung der Worble in die Aare. Wir haben dies geprüft und der entscheidende Teil, so wie wir dies verstehen, betrifft die Südseite von Worb Dorf. Vor ungefähr zwei Jahren habe ich erneut bei der Grundeigentümerschaft nachgefragt, ob die Haltung mittlerweile nachgiebiger geworden sei, aber es wurde mir vehement entgegnet, dass es dort kein Fuss- oder Wanderweg geben werde. Der Grund sind die Hundedrecks, die sie nicht wollen. Die Grundeigentümerschaft hält an der Vereinbarung fest, sie will ausdrücklich kein Fuss- und Wanderweg auf ihrem Boden, entlang der Worble. Dies ist der Stand und wenn dies so bleibt, müssen wir entweder warten, bis sich eine Änderung auf Seite der Grundeigentümer ergibt oder wir schreiben ihn ab. Das wird ein Entscheid vom GGR, wie man weiterfahren wird. Zurzeit gibt es hier keine Bewegung und somit ist auch keine Änderung ersichtlich. Dies zu diesem Vorstoss.

Kapitelweise Beratung

Einwohnergemeinde

Keine Wortmeldungen.

Grosser Gemeinderat

Marchand Andy, ASK: Bitte entschuldigt, aber die Reihenfolge ist völlig ungünstig, aber zuhanden des Protokolls verlese ich trotzdem die Anmerkung der ASK, obwohl der Gemeindepräsident bereits Stellung dazu genommen hat. Die ASK bemerkt zu der Aufzählung der unerledigten Vorstösse, dass das Postulat der SP+Grüne-Fraktion "Sichere Verbindung Langsamverkehr Richigen-Worb" verschwunden ist. Im Verwaltungsbericht 2022 wollte der Gemeinderat das Postulat abschreiben, aber der GGR hat grossmehrheitlich beschlossen, dass dieses Postulat nicht abgeschrieben werden soll. Das Postulat ist wieder in die Liste der unerledigten Vorstösse aufzunehmen.

Gemeinderat

Keine Wortmeldungen.

Departement Präsidiales

Marchand Andy, ASK: Die ASK hat zur Seite 15 eine Frage in Sachen Fluktuation. Die Austritte infolge Kündigung sind deutlich höher. Gibt es dazu eine Bemerkung?

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus: Zur Personalfuktuation, es ist tatsächlich so, dass die Zahl der Austritte infolge Kündigung im vergangenen Jahr wesentlich höher war als sonst. Dazu mache ich gerne ein paar Bemerkungen. Grundsätzlich stellen wir fest, dass alle Abteilungen gleichermassen von Kündigungen betroffen sind. Es gibt keine Häufung, ausser bei den Schulsekretärinnen. In jedem Schulkreis hat letztes Jahr die jeweilige Schulsekretärin gekündigt. Die Gründe sind unterschiedlich. Die eine wurde pensioniert, die andere wollte den Beschäftigungsgrad erhöhen, was wir ihr leider nicht bieten konnten, und die Dritte hat ein eigenes Geschäft aufgebaut. Verschiedene Gründe und erstaunlicherweise bei allen Schulsekretärinnen. Wir konnten die Stellen alle neu besetzen und es läuft gut weiter. Ich selbst sehe den Grund für die überdurchschnittlich vielen Kündigungen vor allem beim Fachkräftemangel, der im Moment herrscht. Die Mitarbeitenden werden wesentlich intensiver umworben als auch schon, wie zum Beispiel im Bereich Bau, wo uns Urs Thöni von Ittigen abgeworben wurde oder Dänu Schaffner, der zum Kanton gewechselt hat oder sie finden weitere Stellen. Dieser Fachkräftemangel existiert momentan, der die Leute absaugt. Da der Markt ausgetrocknet ist, stellen wir häufig junge, sogar sehr junge Mitarbeitende an. Dies hat viele Vorteile aber auch einen Nachteil. Dieser Nachteil besteht darin, dass diese Mitarbeitenden mit einer beruflichen Weiterentwicklung oder einer zusätzlichen Ausbildung liebäugeln und bald wechseln. In der Regel wechseln sie die Stelle innert kurzer Zeit, also in

drei, vier oder fünf Jahren, teilweise sogar in eine andere Branche. In diesem Alter ist ein Time-Out natürlich auch attraktiv, zum Beispiel in Form einer längeren Reise. Man ist überzeugt, nach der Rückkehr bald wieder eine Stelle finden zu können. So sehe ich die Gründe zu den vielen Kündigungen.

Departement Finanzen

Keine Wortmeldungen.

Departement Bau

Keine Wortmeldungen.

Departement Umwelt

Keine Wortmeldungen.

Departement Bildung

Marchand Andy, ASK: Die ASK hat eine Bemerkung zur Seite 32, Punkt 3.1. Kinder sollen die Möglichkeit haben, im freiwilligen Schulsport ab Schuleintritt verschiedene Disziplinen zu entdecken und Sportarten auszuprobieren. Rund 80 Kinder in Worb haben solche Sportangebote besucht. Sportkurse wie Badminton, Curling, Polysport, Tennis und Volleyball sind beliebt und wurden gut besucht. Frage der ASK: Wird Schwimmen nicht mehr angeboten? Wenn ja, warum nicht? Gut schwimmen, kann auch lebensrettend sein.

Moser Christoph, Departementsvorsteher Bildung: Ich gebe gerne Auskunft zum Thema Schwimmen im freiwilligen Schulsport. Dazu habe ich Rücksprache mit Margareta Hunziker, Schulleiterin im Worbboden, genommen. Sie ist verantwortlich für die Koordination des Schulsports in der Gemeinde Worb. Ihre schriftliche Antwort lese ich euch vor: Zuerst geht es um die Schwimmbadzeiten und die fehlende Leitungsperson. Das Problem beim Schulsport Schwimmen ist die Verfügbarkeit des Lehrschwimmbekens in Rüfenacht, vor allem im Winter. Das Lehrschwimmbekens ist für Schulsportkurse ausschliesslich am Freitagabend zwischen 18.00 und 19.30 Uhr geöffnet. Das Rüfenachter Schwimmbekens ist völlig ausgelastet. Im letzten Schuljahr konnte ich Frau Nora Linder aus Rüfenacht als Schwimmlehrerin gewinnen, aber bedauerlicherweise ist ihr der Freitagabendtermin nicht mehr möglich. Daher habe ich Debora Amonn vom Schwimmclub kontaktiert, damit sie mich bei der Suche nach einer neuen Schwimmlehrperson unterstützt. Laut ihrer Aussage ist es fast unmöglich, ausgebildete Leiterpersonen für Freitagabend zu finden. Falls sich aber jemand findet, kann das Schulsportschwimmen sofort wieder stattfinden. Zum Schulsportschwimmen als wichtiges Angebot meint Margareta Hunziker: Ich finde es ebenfalls zentral, dass die Worber Kinder schwimmen können. In der Schule Rüfenacht gehört das Schwimmen zum Lehrplan, jedoch fehlt dieses Angebot in der Primarschule Worb, da es dort kein Lehrschwimmbekens hat. Sie meint, man müsste eher hier ansetzen, um dieses bedeutsame Ziel auf breiter Ebene zu erreichen. Wir werden wohl nicht heute oder morgen ein Lehrschwimmbekens in Worb errichten können.

Departement Soziales

Marchand Andy, ASK: Die ASK hat drei Bemerkungen. 1. Seite 39, Punkt 1.3., zweiter Strich: Zentrum Alter wird weitergeführt. Die geplante Massnahme, dass der Leistungsvertrag zwischen der Gemeinde und der Stiftung Altersbetreuung Worb implementiert wird, stimmt nicht mit dem Zielwert überein. Damit der Leistungsvertrag implementiert werden kann, müssten die Aufgaben zuerst definiert werden. Massnahmen und Zielwerte sind vertauscht. Die Aufgabe kann nicht erfüllt werden. Der Leistungsauftrag kann nicht implementiert sein, denn dafür hätte er zuerst vom Parlament genehmigt werden müssen. Im Jahr 2023 ist dies nicht geschehen. 2. Die Gemeinde verfügt über ein Generationenleitbild. Der Zielwert wurde nicht erreicht, denn soweit die ASK informiert ist, existiert kein Generationenleitbild. 3. Seite 40: Themenschwerpunkte der Sozialbehörden waren Controlling Gespräche mit den verschiedenen Institutionen, mit welchen Leistungsverträge bestehen. Die Interessenfrage der ASK lautet: Wie viele Institutionen mit Leistungsverträgen hat die Gemeinde Worb? Gibt es da eine Liste?

Waber Karin, Departementsvorsteherin Soziales: Ich beginne mit der letzten Frage und zeige euch die Liste. Oben aufgeführt ist das Zentrum Alter Worb und zeigt, dass ein Leistungsvertrag besteht und wir Controlling-Gespräche durchführen. Darunter ist der IKT, der Interkulturelle Treffpunkt für Frauen, dann gleis2 Sozialwerk, dazu später. Dann Spitex Oberes Worblental, dort geht es um Menu-Auslieferungen und Trägerverein offene Kinder- und Jugendarbeit TJWO und unser Jugendhaus. Anschliessend geht es auf der Liste um Themen wie Frühförderung mit der Spielgruppe Zwärgestübli mit zwei Leistungsverträgen, das Hausbesuchsangebot Plus vom Kanton Bern, Spielgruppe Böimige Naturprojekte, plus die Spielgruppe Spielerei. Da werden regelmässig Controllings durchgeführt. Falls ihr diesbezüglich noch Fragen habt, sprecht die Mitglieder der Sozialbehörde an, sie werden euch über Details informieren können. Zum Generationenleitbild: Ich habe allen ein Mail geschickt. Ich wurde darauf aufmerksam gemacht und wir haben mit Schrecken festgestellt, dass wir es vergessen haben im Richtwert zu erwähnen. Es ist so, dass wir das Generationenleitbild nicht realisieren. Die Sozialbehörde hat beschlossen, diesem Thema nicht Folge zu leisten und ich habe euch bereits mündlich darüber informiert. Bedauerlich, aber vielleicht können wir dies ein anderes Mal angehen. Man muss also sagen, es ist erfüllt, da sistiert. Dann zum Zentrum Alter Worb, dort geht es um den Massnahmenplan 2021/25, welcher vorgegeben hat, dass das Zentrum Alter Worb institutionalisiert werden soll. Das Parlament hat am 13. Dezember 2021 genehmigt, dass das Pilotprojekt um weitere drei Jahre verlängert werden soll und daraus erfolgt, dass ein neuer Leistungsvertrag entstanden ist. Zwar als Pilotprojekt, aber trotzdem gibt es einen Leistungsvertrag. Demzufolge ist der Leistungsvertrag realisiert und der Zielwert gibt vor, dass die Aufgaben für das Zentrum Alter Worb definiert sein müssen. Das wiederum kommt in den Massnahmenplan. Zuerst der Leistungsvertrag, dann die Aufgaben als Zielwert.

Departement Sicherheit

Marchand Andy, ASK: Zur Seite 48, Punkt 6.1. Die ASK geht davon aus, dass die Zahl der Wohnbevölkerung im Jahr 2022 von Vielbringen und Langenloh mit 54 nicht korrekt sein kann.

Gerber Urs, Departementsvorsteher Sicherheit: 548.

Departement Planung

Keine Wortmeldungen.

Antrag und Beschluss

Beschluss zum Änderungsantrag SP+Grüne-Fraktion:

Die SP+Grüne-Fraktion stellt den Antrag, das Postulat der SP+Grüne-Fraktion vom 18. Oktober 2021 mit dem Titel "Worblentalwärts nach Enggistein" nicht abzuschreiben.

Der Änderungsantrag der SP+Grüne-Fraktion wird mehrheitlich gutgeheissen.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird einstimmig gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 49 Abs. 1 Bst. f der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

Beschluss:

1. Der Verwaltungsbericht für das Jahr 2023 wird genehmigt.
2. Mit der im Kapitel Grosser Gemeinderat, Ziff. 1.2, angegebenen Begründung wird abgeschrieben:

- Postulat der SP+Grüne-Fraktion vom 7. September 2020 mit dem Titel "Häckseldienstangebot: Für weniger Grünabfall".

Jahresrechnung 2023: Genehmigung

Sitzung Nr. 426	Datum 24.06.2024	Traktandum 4	Beschlusnummer 2021/24-255	Geschäftsnummer 37442	Archivnummer 21/20
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	-----------------------

Detailberatung

Moser Titus, ASK: Die ASK hat die Gemeinderechnung zusammen mit der GPK angesehen und die Gemeinderechnung 2023 wird grundsätzlich von beiden Kommissionen, aber ich rede hauptsächlich im Namen der ASK, zur Kenntnis genommen. Die vorgängige Beantwortung der Frage durch Jonas Weil und Lenka Kölliker wird bestens verdankt, ebenso das Handout, welches gut lesbar und gut zusammengefasst ist. Was wir auch gut finden, dass die gesamte Jahresrechnung 2023 für alle Bürgerinnen und Bürger online verfügbar ist, so dass sie sich selbst ein detailliertes Bild machen können. Insbesondere verdanken wir die Arbeit, die hinter dieser Jahresrechnung steht, für die Aufbereitung des Dokuments, die ganze Jahresrechnung sowie das Handout. Besonderen Dank für die gute Übersicht. Die ASK empfiehlt, die Jahresrechnung per 31. Dezember 2023 mit Aktiven und Passiven von CHF 73'191'349.45 und einem Ertragsüberschuss von CHF 1'213'751.72 zu behandeln.

Kölliker Lenka, Departementsvorsteherin Finanzen: Es freut mich, heute die Jahresrechnung 2023 zu präsentieren. Wie die ASK schon erwähnt hat, habt ihr alle das Handout erhalten, welches die wichtigsten Informationen enthält. Für diejenigen, die vertiefter nachschauen möchten, gibt es den Link zur ganzen Jahresrechnung mit allen Unterlagen. Es handelt sich um ein Dokument von 150 Seiten. Ich gehe das Handout durch und versuche es so verständlich wie möglich rüberzubringen. Wie die ASK schon erwähnt hat, haben wir eine erfreuliche Jahresrechnung mit einem Ertragsüberschuss von 1,2 Millionen Franken. Die Jahresrechnung setzt sich zusammen aus dem Gesamthaushalt mit einem Ertragsüberschuss von 1,2 Millionen Franken. Wir haben hier ein Minus von 1,2 Millionen budgetiert, also ist die Differenz 2,4 Millionen. Das setzt sich zusammen aus der Spezialfinanzierung, auf der rechten Seite mit der Wasserversorgung, der Abwasser- und der Abfallentsorgung, wo wir auch um mehr als 100'000 Franken besser abgeschlossen haben als budgetiert. Auf der linken Seite haben wir den allgemeinen Haushalt, wo wir mit einem Ertragsüberschuss von 930'000 Franken abschliessen. Hier haben wir ein Minus von 1,4 Millionen budgetiert. Wenn wir die Hauptgründe für die Besserstellung der Jahresrechnung suchen, gibt es zwei Hauptursachen. Auf der einen Seite wurden mehr Steuereinnahmen eingenommen, ca. eine halbe Million, dies vor allem bei den übrigen direkten Steuern. Auf der anderen Seite mussten wir über eine halbe Million weniger in den Lastenausgleich einbezahlen, dank weniger Sozialfällen. Das Ergebnis der Spezialfinanzierung Wasserversorgung sieht so aus: in der ersten Spalte ist die Rechnung 2023, in der Mitte das Budget und auf der rechten Seite, zum Vergleich, die Rechnung 2022. Wir schliessen mit einem Ertragsüberschuss von 103'000 Franken ab, minus 80'000 Franken wurden budgetiert, die Differenz beträgt fast 200'000 Franken. Wichtig ist der Zielwert beim Bestand der Spezialfinanzierung. Hier sind wir höher als der Zielwert von 424'200 Franken. Ebenfalls beim Abwasser wurde ein Plus von 158'000 budgetiert, wir haben um 20'000 besser abgeschlossen und somit mit einem Plus von 179'000 Franken. Hier befindet sich der Zielwert ungefähr dort, wo wir sein wollen, also bei ca. 700'000 Franken. Die Abfallentsorgung ist schwierig zu budgetieren und schliesst mit einem Minus von 8'000 Franken. Budgetiert wurde ein Plus von fast 100'000 Franken. Die Differenz ist vor allem auf den Preis und Schwankungen auf dem Markt für Papier und Karton zurückzuführen. Wenn wir in der allgemeinen Jahresrechnung die einzelnen Gruppen betrachten, haben wir bei den Steuereinnahmen ein Plus von einer halben Million gegenüber dem Budget. Zurückzuführen ist dies auf die übrigen direkten Steuern. Auf Seite 14 sind die einzelnen Gruppen aufgeführt. Der Fiskalertrag bleibt im Vergleich zum Vorjahr im gleichen Bereich, wir schliessen jedoch etwas besser ab als budgetiert. Bei den direkten Steuern der natürlichen Personen, Einkommenssteuer, haben wir praktisch eine Punktlandung erzielt. Vielleicht erinnert ihr euch, wir haben im Herbst 2022 die Praxis bei der Budgetierung des Fiskalertrages der natürlichen Personen geändert und haben uns vom Pauschalzuwachs von 50 Personen entfernt. Wir haben die effektiven Bautätigkeiten in der Gemeinde berücksichtigt. Jonas hat die effektive Bautätigkeit im

folgenden Jahr minutiös verfolgt und hat Anzahl Wohnungen und Anzahl Personen multipliziert mit dem durchschnittlichen Steuerertrag und daher möglicherweise diese Punktlandung erreicht. Die Einnahmen bei den Vermögenssteuern der natürlichen Personen bleiben konstant über all diese Jahre, wogegen die Quellensteuer leicht besser ist. Die Quellensteuer ist jedoch schwierig zu budgetieren. Die direkten Steuern der juristischen Personen sind leider etwas tiefer als budgetiert und fast eine halbe Million tiefer als im Vorjahr. Es ist der einzige Rückgang, den wir zu verzeichnen haben und war ebenfalls schwierig zu budgetieren. Wie bereits gesagt, die übrigen direkten Steuern weisen einen erfreulichen Zuwachs auf, vor allem bei den Vermögensgewinnsteuern, wo mehr eingenommen wurde als budgetiert, ebenso bei den Erbschafts- und Schenkungssteuern. Zusammenfassend erwähnt sei, dass wir bei den Steuern etwa gleich liegen wie im Vorjahr, jedoch eine halbe Million besser als budgetiert. Bei den natürlichen Personen erzielten wir eine Punktlandung, bei den juristischen Personen stehen wir etwas schlechter da. Nach der Ertragsseite wechseln wir nun zu der Aufwandseite. Investitionen: Im Jahr 2023 wurden Bruttoinvestitionen von 2,2 Millionen getätigt, verglichen mit den Einnahmen ergeben sich Nettoinvestitionen von 2,1 Millionen. Die Abweichung zum Budget beträgt eine Million. Wir haben also 3,2 Millionen budgetiert und 2,1 Millionen realisiert. Bisher wurde selten alles realisiert, was budgetiert wurde. Auf Seite 17 sehen wir die Entwicklung des Eigenkapitals und der Finanzverbindlichkeiten. Es wurde viel diskutiert über diese Obergrenze von 40 Millionen, was die rote Linie zeigt. Die blaue Linie zeigt das Eigenkapital inkl. finanzpolitische Reserve. Die Finanzverbindlichkeiten sanken und blieben seit 2020 konstant bei ungefähr 19 Millionen. Auf der anderen Seite steigt das Eigenkapital und die finanzpolitische Reserve kontinuierlich, dank den guten Jahresrechnungen in den letzten Jahren. Momentan sind wir bei 17'200'000. Auf der nächsten Seite seht ihr die Zusammenfassung der Nachkredite. Die genaue und detaillierte Aufstellung findet ihr in der Jahresrechnung auf den Seiten 64-66. Im Jahr 2023 erreichten die Nachkredite 3,5 Millionen, eine Million weniger als im Jahr 2022. Die Nachkredite liegen in der Kompetenz des Gemeinderates, gebundene sowie nicht gebundene Nachkredite. Wie gewünscht zeigen wir die Finanzkennzahlen. Ich gehe nicht detailliert in die einzelnen Kategorien. Insgesamt können wir sagen, dass wir in den einzelnen sowie in den letzten fünf Jahren in allen Finanzkennzahlen gut oder sogar besser dastehen. Verglichen mit den Mediengemeinden des Kantons Bern sind wir fast immer besser als der empfohlene Wert. Wenn wir uns aber mit den um uns gelegenen Gemeinden in gleicher Grösse vergleichen, sind wir etwa im Mittelfeld, manchmal auch im hinteren Mittelfeld. Was heraussticht ist die Steueranlage, wo wir mit 1,7 die Spitze sind. Finanzpolitisch steht Worb recht stabil da, zurückzuführen auf die finanzpolitische Disziplin während den letzten Jahren, aber auch wegen den guten Resultaten in der Gemeinde und im Kanton. Zusammenfassend können wir festhalten, dass wir besser abschliessen als budgetiert. Bei den Steuern mit rund einer halben Million. Das gute Resultat ist auch auf die Entwicklung in der Sozialhilfe im Kanton zurückzuführen. An dieser Stelle bedanke ich mich bei allen, die zu dieser guten Jahresrechnung beigetragen haben, sei das die Verwaltung, die Kommissionen, der Gemeinderat und der GGR. Ich empfehle euch, die Jahresrechnung zu genehmigen.

Gerber-Maillefer Myriam, SP+Grüne: Die Fraktion SP+Grüne ist ziemlich zufrieden mit der Jahresrechnung 2023. Warum? Da das Gesamtergebnis mit einem schwarzen Plus von 1,2 Millionen abschliesst und das ist 2,4 Millionen besser als budgetiert. Erfreulich sind auch die stabilen Steuereinnahmen von den natürlichen Personen und es zeigt, dass unsere Gemeinde nicht von einzelnen, reichen Personen abhängig ist. Die Finanzkennzahlen sind bis auf die schwache Investition ausnahmslos ausgezeichnet. Der Investitionsgrad ist im Moment eher tief, aber wie wir alle wissen, wird sich dies in den nächsten Jahren stark verändern. Im Gemeindevergleich kann sich Worb zeigen lassen. Wir haben zwar eine Steueranlage von 1,7, die scheinbar hoch ist, doch beim genaueren Hinsehen bemerkt man, dass die Gemeinden im Vergleich komplett unterschiedliche Voraussetzungen aufweisen als wir. Zum Beispiel verfügen nur wenige Gemeinden über ein Schwimmbad und eine Eisbahn oder sind kein regionales Zentrum mit entsprechender Infrastruktur. Langnau im Emmental, mit einer Steueranlage von 1,94, wäre ein besserer Vergleich mit unserer Gemeinde, ist aber auf der Liste nicht ersichtlich. Ich wünsche mir in Zukunft, dass auf dieser Liste besser vergleichbare Gemeinden aufgeführt werden. Zurück zu unserer Gemeinde. Die finanzielle Situation von unserer Gemeinde ist mit 19 Millionen Schulden gegenüber 17,2 Millionen Eigenkapital hervorragend. Ich habe mir sagen lassen, dass dies in den letzten Jahrzehnten noch nie so war, dass wir so wenig Schulden und gleichzeitig so viel Eigenkapital besaßen. Alles in allem können wir sagen, dass wir für das Jahrhundertprojekt Sanierung Worboden gut gerüstet sind. Bürgerliche Behauptungen haben ausgesagt, man müsse für die Sanierung die Steuern erhöhen. Bis jetzt hat sich dies nicht bewahrheitet und es sieht auch für die Zukunft nicht danach aus. SP+Grüne werden die Jahresrechnung genehmigen.

Fivian Bruno, SVP: Auch dieses Jahr habe ich wieder das Vergnügen, die Jahresrechnung aus Sicht unserer Fraktion zu kommentieren. So wie diese ausgefallen ist, ist es tatsächlich ein Vergnügen. Der allgemeine Haushalt rechnet mit einem Ertragsüberschuss ab, genauso wie die Spezialfinanzierungen Wasser und Abwasser. Beim Abfall hat es nicht für einen Überschuss gereicht, aber insgesamt gleicht dies die Wasserrechnung aus. Wie kam es zu diesem wunderbaren Ergebnis? Ich spreche zuerst von den Einnahmen. Bei den Steuereinnahmen erreichen wir mit einer Zunahme von 4 % oder einer Million gegenüber der Rechnung 2023 genau die Vorgaben des Budgets, welches dies mit einer Zunahme von 3,4 % fast haargenau prognostiziert hatte. Lediglich die Steuereinnahmen von juristischen Personen weisen einen saftigen Rückgang von 27 % aus. Erfahrungsgemäss sind die Steuereinnahmen von juristischen Personen immer sehr volatil. Da Steuereinnahmen und Gebühren in der Gemeinde die einzigen Einnahmequellen sind, wären wir hier bereits am Ende. Es ist alles planmässig abgelaufen und man kann sagen, dass das gute Ergebnis auf das Ausgabeverhalten der Gemeinde zurückzuführen ist. Man könnte sogar sagen, dass das Ausgabeverhalten der Gemeinde der entscheidende Punkt ist. 1. Zu den Investitionen, welche netto rund 1,1 Millionen tiefer ausgefallen sind als budgetiert. Es ist wie jedes Jahr, allerdings hat sich die Differenz in den letzten Jahren verringert, weil bescheidener budgetiert wurde. Der 2. Parameter ist die Sozialhilfeplanung, welche insgesamt mit einer Million über dem Budgetwert abgeschlossen hat. Einerseits ist dies mit einer geringeren Belastung des Lastenausgleichs und andererseits mit einem Rückgang der Fallzahlen zu erklären. Das ist wirklich eine erfreuliche Entwicklung bei einem Budget von fast 10 Millionen. Der 3. Parameter, der erwähnt werden muss, betrifft die Spezialfinanzierungen, die, wie es scheint, gut aufgestellt sind. Mit Blick auf die Entwicklung des Eigenkapitals und der Schulden wären wir in einer normalen Situation genötigt, über eine Steuersenkung zu diskutieren. Aber in unserer aktuell abnormalen Situation und dem Ausblick auf die Investitionen, welche in den nächsten fünf Jahren anstehen, sehen wir natürlich davon ab. Ein Wermutstropfen, den wir in dem Heuhaufen gefunden haben, ist, dass die ungebundenen Nachkredite, die mit rund 870'000 Franken erneut hoch ausgefallen sind. Tendenz zeigt sich hier eher steigend. Es handelt sich um kleine Kredite, die der Gemeinderat im kleinen Gremium in Eigenregie beschliessen kann. An jeder der 23 Gemeinderatssitzungen werden auf diese Weise fast 40'000 Franken, im Gegenzug dazu das Parlament keinen einzigen Franken bei einem Nachkredit, ausgegeben. Wenn man die Liste der Nachkredite liest, wofür immer mehr Geld ausgegeben wird als budgetiert, und wie diese Mehrausgaben begründet werden, darf man den Gemeinderat schon darauf hinweisen, dass er in Zukunft versuchen sollte, einen anderen Weg einzuschlagen. Insgesamt ist die Fraktion SVP mit der Jahresrechnung einmal mehr zufrieden und wird diese genehmigen. Herzlichen Dank an die Verfasser für die Arbeit.

Hager Rolf, FDP: Die Fraktion der FDP bedankt sich für die ausgezeichnete Arbeit der Jahresrechnung. Ein besonderer Dank geht an Jonas Weil und an die Departementsvorsteherin Lenka Kölliker. Die Jahresrechnung 2023 ist sehr erfreulich mit einem Gewinn von 1'213'751 beim Gesamthaushalt. Der Ertrag bei den natürlichen Personen wurde auf fast 1'000 Franken genau budgetiert. Die Abweichung liegt bei 0,4 %. Es ist auch sehr erfreulich, dass eine gewisse Zuwanderung stattgefunden hat, die sicher dazu beigetragen hat. Dazu komme ich später noch, denn die Zahlen vom Verwaltungsbericht und Finanzrechnung stimmen nicht überein. Bei den juristischen Personen wurden ca. 135'000 Franken weniger eingenommen als budgetiert oder gegenüber 2022 eine halbe Million. Es ist zu hoffen, dass hier mehr Investitionen und Rückstellungen gemacht wurden, damit es in Zukunft wieder eine Steigerung gibt. Die Tendenz, dass mehr Investitionen budgetiert als ausgeführt wurden, ist nicht neu und geht leider weiter. Ein Blick auf die Entwicklung des Eigenkapitals und der Schuldengrenze ist positiv zu werten. Die Nettoverschuldung pro Einwohner ist um 124 Franken gesunken. Das Ergebnis ist sehr solid, wie auch in den vorherigen Jahren. Aufgrund dieser Jahresrechnung und den letzten Ergebnissen müsste man über eine Steuersenkung diskutieren, aber mit Projekten wie das Wobo, ist dies unrealistisch und wir verzichten darauf. Worb hat mit 1,7 einen hohen Steuersatz und trägt zwei grosse Herausforderungen. 1. Es gibt viele Projekte im Wohnungsbau in Worb, die leider durch den Fachausschuss verzögert oder blockiert werden. Es werden nur sehr wenige Wohnungen realisiert und hier sollte man viel mehr tun. Mehr Wohnungen bedeuten mehr Einwohner und mehr Steuereinnahmen. Da müsste man darauf ein Auge haben. 2. Rot Grün Mitte hat mit der Sanierung vom Wobo ein Verpflichtungskredit von 27 Millionen bewilligt. So steigt das Kopfverschulden bis ins Jahr 2027 auf über 3'600 Franken, momentan sind wir bei 1'100 Franken. Unter diesen Voraussetzungen ist leider eine Steuersenkung nicht möglich. Die Fraktion der FDP erwartet von der Finanzabteilung und vom Gemeinderat, dass mit den Finanzen weiterhin sehr sorgfältig umgegangen wird. Die Fraktion der FDP wird genau hinschauen. Wir werden die Rechnung 2023 so genehmigen.

Wyss Eduard, Mitte/glp: Das Meiste wurde bereits gesagt, deshalb verzichte ich, alles noch einmal im Detail durchzugehen. Wir von Mitte/glp bedanken uns für das Verfassen dieser erfreulichen Jahresrechnung. Immer wieder ist es ein Thema, dass weniger investiert wird, als man eigentlich wollte, aber dieses Thema wird sich in den nächsten Jahren wohl nicht mehr stellen, da grosse Investitionen anstehen. Auch uns sind die Nachkredite aufgefallen, die immer relativ hoch ausfallen. Trotzdem werden wir, die Fraktion Mitte/glp, die erfreuliche Rechnung genehmigen und bedanken uns noch einmal für das Verfassen.

Cetin Mayk, EVP: Auch wir sind dankbar für das Ergebnis. Vieles wurde bereits erwähnt und ich muss sagen, dass ich mich noch selten über Voten zur Rechnung gefreut habe, auch von bürgerlicher Seite. Schön, dass gesagt wurde, dass eine Steuersenkung nicht möglich ist oder noch nicht. Das Einzige, was zu erwähnen ist, was Rolf gesagt hat, nämlich zum Widerspruch in seinem Votum. Du sagst, dass Mitte/links 27 Millionen ausgeben und wir deswegen keine Steuersenkung machen können und gleichzeitig erwähnst du, dass wir immer zu viel budgetieren und wir so nicht investieren können. Das geht nicht ganz auf. Mit diesen 27 Millionen machen wir endlich das, was wir seit Jahren verpasst haben, und deshalb sind die Ergebnisse gut. Wir haben unbestritten viel zu wenig investiert und nun wirken wir dem Investitionsstau entgegen und sind sehr dankbar, in dieser Ausgangslage zu sein, um dies in Angriff nehmen zu können. Auch wir von der EVP werden die Rechnung genehmigen.

Kölliker Lenka, Departementsvorsteherin Finanzen: Vielen Dank für all die Voten zu der erfreulichen Jahresrechnung. Von zwei Fraktionen kommt der Gedanke einer Steuersenkung, was die Folge der guten Jahresrechnungen der letzten Jahre ist. Diese Frage haben wir uns natürlich auch gestellt, aber da wir auf die Projekte, die vor uns liegen schauen, ist es auch für uns nicht realistisch. Die finanzpolitische Disziplin ist für weitere Jahre angesagt, das ist der Verwaltung ebenso bewusst wie auch der Fiko. Natürlich werden wir sorgfältig weiterfahren, das werden wir bestimmt so beibehalten. Danke für alle, die uns auf diesem Weg behilflich sind.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird grossmehrheitlich gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 49 Abs. 1 Bst. a der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

Beschluss:

1. Die Jahresrechnung per 31. Dezember 2023 mit Aktiven und Passiven von CHF 73'191'349.45 und einem Ertragsüberschuss von CHF 1'213'751.72 wird genehmigt.
2. Die Eröffnung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

gleis2 sozialwerk; Neufassung der Produktedefinition: Genehmigung

Sitzung Nr. 426	Datum 24.06.2024	Traktandum 5	Beschlusnummer 2021/24-256	Geschäftsnummer 1219	Archivnummer 44/30/2
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	-------------------------	-------------------------

Eintretensdebatte

Eintreten wird nicht bestritten und gilt somit als beschlossen.

Detailberatung

Bircher Andreas, GPK: Die GPK stellt fest, dass das Geschäft und die Botschaft gut und sorgfältig vorbereitet wurden. Die Botschaft mit dem Antrag ist gut strukturiert, argumentativ schlüssig, lesbar und verständlich. Der Behandlung steht von Seite der GPK nichts entgegen.

Waber Karin, Departementsvorsteherin Soziales: In jedem letzten Legislaturjahr hat die Sozialbehörde den Auftrag, die Leistungsverträge mit den sozialen Institutionen zu erneuern. Auch dieses Jahr sind wir damit beschäftigt. Bei dieser Arbeit ist uns aufgefallen, dass die Verträge nicht indexiert sind und deshalb haben wir beschlossen, die Verträge dem Landesindex der Konsumentenpreise anzupassen. Wie ihr alle den Unterlagen entnehmen könntet, unterstützt das gleis2 Menschen, die aus der Spur geraten sind, wieder auf die richtige Bahn zurückzukommen. Eine solche Institution in der Gemeinde Worb zu haben, drückt aus, wofür wir stehen. Menschen zu beschäftigen, ihnen einen Lebenssinn zu geben und ihnen Verantwortung zu übertragen. Das ist eine wertvolle Aufgabe. Um seine Arbeit weiterführen zu können, musste das gleis2 in neue Lokalitäten umziehen. Der Mietvertrag in der Alten Mosterei wurde gekündigt. Zum Glück wurde im Sonnenboden ein neuer Standort gefunden, der in Eigenregie ausgebaut wurde. Der Umzug ist vollzogen und die Arbeit konnte wieder aufgenommen werden. Was sind die Vorteile des gleis2? Für die Teilnehmenden des gleis2 ist es sehr wichtig, dass der Arbeitsweg kurz ist. Die Bürgerinnen und Bürger von Worb können alte elektrische Geräte abgeben. Die Mitarbeitenden des gleis2 unterstützen beim Umzug und Räumungen, bei Gartenarbeiten und vielem mehr. Einfach anfragen und es gibt immer eine Lösung. Seit einem Monat, und darauf bin ich besonders stolz, konnten wir zusammen mit dem gleis2 und dem Asylzentrum Fisso erreichen, dass Asylsuchende beim gleis2 beschäftigt werden. Eine Win-Win-Situation für alle, welche Vorzeigecharakter hat. Das sind ein paar Gründe, weshalb die Sozialbehörde dankbar ist, dass das Sozialwerk hier in Worb ist. Heute kann das Parlament über die Zukunft des gleis2 entscheiden. Mir, liebe Kolleginnen und Kollegen, liegt das gleis2 am Herzen. Ich hoffe, euch auch.

Moser-Utiger Silvia, EVP: Ich denke, die Neufassung der Produktedefinition ist vernünftig und angemessen. Wir von der EVP werden die Erhöhung des Produktpreises um 10'000 auf 90'000 Franken genehmigen, da dies im Rahmen der allgemeinen Kostensteigerung gerechtfertigt ist. Ich konnte heute Vormittag einen Augenschein vor Ort nehmen. Andreas Schüpbach, der Geschäftsführer, hat mich durch die Räume geführt, resp. die Innenausbauten gezeigt, welche in Eigenleistung ausgeführt wurden. Die Räume sind hell und mir wurde berichtet, dass sie am neuen Ort gut angekommen sind. Das motiviert, auch Neues auszuprobieren, das heisst, Angebote werden realisiert und Bestehendes ausgebaut. Es war sehr interessant, was Andreas mir von neuen Projekten erzählte. Da ich selbst fast zwanzig Jahre in einer solchen Institution tätig war, weiss ich auch, was für ein Aufwand dahintersteckt. Jede neue Person, welche aufgenommen wird, kommt mit seiner eigenen Geschichte, und doch muss es dann als Ganzes funktionieren. Deshalb ist ein regelmässiger Austausch wichtig, sei es bei einer Teamsitzung oder einem gemeinsamen Mittagessen. Wenn es dann noch mit so viel Herzblut und Innovation geleitet wird, ist das wirklich ein Gewinn für Worb. Das jährliche Controlling wird durch das Departement Soziales durchgeführt, damit wird sichergestellt, dass die Produktedefinition eingehalten wird.

Bützberger Ernst, Mitte/glp: gleis2, ein guter Name für die Institution. Konstituiert als Verein begleitet sie Menschen, die auf dem ersten Geleise eine Weiche verpasst haben, aus der Schiene gefallen sind oder überhaupt nie sauber in dieser Spur gefahren sind. Im gleis2 wird ihnen eine Tagesstruktur und Beschäftigung angeboten und im besten Fall fassen sie wieder einen Platz im ersten Arbeitsmarkt. Die Ausdehnung von ihrem Arbeitsfeld auf Einbezug und Integration von Asylbewerber ist ein weiterer Schritt in die richtige Richtung. Das könnte ein Weg zur Reduktion des Fachkräftemangels sein. Der Betrag von 90'000 Franken deckt, laut Aussage von Herrn Schüpbach, etwa ein Drittel der Kosten aus dieser Vereinbarung. Der Rest erwirtschaften sie selbst mit Auftragsarbeiten wie Kupferkabel-Recycling, Hausräumungen und vielem mehr, wie wir bereits gehört haben. Das Controlling, welches jährlich, mit der Beteiligung der ASK, durchgeführt wurde, hat regelmässig positive Resultate erbracht. In Anbetracht der guten Zusammenarbeit des Vereins gleis2 und unserer lokalen Sozialbehörde und Sozialarbeit finden wir, von der Fraktion Mitte/glp, dass die neue Fassung der Produktedefinition mit gutem Gewissen angenommen werden kann.

Bigler Markus, SVP: Das Sozialwerk gleis2 ist eine gute Sache. Es bietet den sozial benachteiligten Menschen von Worb seit 16 Jahren eine Stabilität und Struktur im Leben. Per Ende 2024 werden die Räume in der Alten Mosterei gekündigt. Erfreulicherweise wurden unweit des alten Standortes eine neue Lokalität gefunden, zu einem attraktiven Mietzins, die nun alle mit viel Engagement und Eigenleistungen eingerichtet wird. Wir von

der SVP sind der Meinung, dass der Entwicklung der Teuerung, die gestiegene Mehrwertsteuer, die gestiegenen Personalkosten und der nötigen Infrastruktur Rechnung getragen werden muss. Darum stimmen wir der Erhöhung des Betrags um 10'000 Franken pro Jahr und der Indexierung gerne zu.

Mosimann Heidi, SP+Grüne: Im Namen der SP+Grüne-Fraktion empfehlen wir ebenfalls, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen, verknüpft mit dem Wunsch, dass sich der Gemeinderat vehement einsetzt, dass auch die anderen Gemeinden noch etwas beitragen. Wir empfehlen dies aus folgenden Gründen, Teile davon sind schon genannt worden. Die Botschaft ist gut aufgebaut und schlüssig. Die Erhöhung ist moderat, wenn man die Teuerung und die gestiegenen Kosten in verschiedensten Bereichen der letzten Jahre sieht. Ein Arbeitsintegrationsprogramm ist leider immer noch nötig, da auch kleine Firmen und Handwerksbetriebe nicht mehr in der Lage sind, weniger leistungsfähige Mitarbeitende mitzutragen, was früher noch der Fall war. Das Angebot ermöglicht Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger ihre Lebenssituation zu verbessern und kann dadurch das Abrutschen in eine Sucht oder sogar Straffälligkeit verhindern oder zumindest vermindern. Durch die Tagesstruktur, verknüpft mit einer produktiven Tätigkeit, wird eine Integration in ein reguläres Arbeitsintegrationsprogramm des Kantons oder, wenn es sehr gut läuft, auch in den ersten Arbeitsmarkt vorbereitet. Es entlastet zudem den Sozialdienst der Gemeinde und ist ein Programm, wie bereits erwähnt wurde, welches auch wirtschaftlich orientiert ist. In diesem Sinn empfehlen auch wir, das Geschäft zu genehmigen.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird mit 31 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 48 Bst. e der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

Beschluss:

1. Die Neufassung der Produktedefinition "Arbeits- und Beschäftigungsprojekt" wird genehmigt.
2. Vorbehalten bleiben
 - eine fakultative Volksabstimmung gemäss Art. 33
 - ein Volksvorschlag gemäss Art. 35der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999.
3. Die Ausführung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

"Einführung Jugendvorstoss", Motion der FDP-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung

Sitzung Nr. 426	Datum 24.06.2024	Traktandum 6	Beschlusnummer 2021/24-257	Geschäftsnummer 37868	Archivnummer 12/0/0
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	------------------------

Detailberatung

Stucki Daniel, FDP: Wir danken dem Gemeinderat für die Bearbeitung unserer Motion und die darin enthaltene Stellungnahme. Aber nein, wir sind nicht zufrieden. Das Volk will in seiner Gemeinde mitbestimmen und unter dem Volk verstehen wir von der FDP auch die jüngeren Bürgerinnen und Bürger dieser Gemeinde und diese können sich zurzeit nicht direkt in die Politik einbringen. Bei den vielen Fragen, die ich persönlich im Politparcours mitbekommen habe, ist mir bewusst geworden, dass das Interesse der Jugendlichen sehr wohl vorhanden ist, um sich in die Politik einzubringen. Wir müssen diesen interessierten Jugendlichen eine Möglichkeit geben, direkt in der Agenda des Parlaments einen Platz zu erhalten. Das können sie zurzeit nicht. Zur Antwort des Gemeinderates zu unserer Motion möchte ich folgende Fragen in den Raum stellen. Ich zitiere noch kurz aus der Antwort. Zitat: Wenn man nun einen Jugendvorstoss einführen will, müsste man nochmals eine Urnenabstimmung zur Änderung der Gemeindeverfassung durchführen. Das würde bei der Bevölkerung wohl auf

wenig Verständnis stossen. Hat man die Leute schon gefragt, ob sie mehr oder weniger in der Politik mitmachen möchten? Ich denke nicht. Wo besteht das Problem im Zug von einer ohnehin vorhandenen Abstimmung zusätzlich noch eine Frage zu stellen über eine Änderung, Anpassung oder Anfügung von einem Artikel in der Verfassung? Ich sehe es nicht. Wir wollen die Verfassung ja nicht revidieren, wir wollen sie lediglich anpassen, präzisieren. Wir möchten dies und da sind wir genau am Punkt angelangt. Wir, das Parlament, als Vertreter der Bevölkerung entscheidet, ob und wann es Zeit ist, Verfassungen oder Reglemente abzuändern. Das nennt man Legislative. Das Volk wird dazu das letzte Wort haben und das nennt man Demokratie. Ich appelliere an euch alle, liebe Damen und Herren, Vertreter des Volkes, inklusive der Jugendlichen, der FDP zu folgen und diese Motion als erheblich zu erklären.

Jost-Pfister Catarina, Mitte/glp: Unsere Fraktion Mitte/glp ist sicher nicht dagegen, dass Jugendliche mitreden können. Es geht uns hier aber um das Vorgehen und wir fragen uns, warum dies nicht vor etwas mehr als drei Monaten, vor der letzten Abstimmung über die Gemeindeverfassung, eingebracht wurde. Davor hatte man jede Menge Zeit, um Sachen einzubringen. Es kann sein, dass man erst jetzt daran denkt, aber trotzdem für uns nicht sehr verständlich. Ich weiss nicht, ob die Bevölkerung immer Verständnis aufbringt für solche Sachen. Es ist richtig, wir können dies jederzeit verlangen, aber wir müssen uns auch überlegen, dass wir genügend Zeit gehabt hätten. Deshalb wird unsere Fraktion diese Motion als nicht erheblich erklären.

Reber Markus, SVP: Die SVP-Fraktion sieht es genauso wie die Vorrednerin und sind im gleichen Boot. Der Zug ist abgefahren und wenn man wegen jeder kleinen Sache die Verfassung ändern würde, wäre es sehr mühsam. Deshalb erklären wir dies als nicht erheblich.

Günther Paula, SP+Grüne: Die Fraktion SP+Grüne ist für das Mitspracherecht von Jugendlichen und deshalb begrüßen wir die Motion der FDP. Wir waren jedoch ziemlich empört über die Antwort des Gemeinderates. Die Antwort ist abschnittsweise aufs Wort genau dieselbe, wie die Antwort auf die Motion des Stellvertretungssystems. Uns ist bewusst, dass es super gewesen wäre, direkt bei der Änderung der Gemeindeverfassung an alles Mögliche zu denken, jedoch ist diese Haltung unrealistisch und es passiert eben, dass man neue Ideen hat. Ausserdem geht es doch in der Politik darum, dass Sachverhalte verbessert und weiterentwickelt werden und dies geschieht kontinuierlich. Die Antwort des Gemeinderates ist nicht nur unzulänglich und geht unzureichend auf die Motion ein, sondern strahlt auch eine sehr antiinnovative Haltung aus. Die Fraktion SP+Grüne erwarten, dass der Gemeinderat den Vorstoss inhaltlich behandelt und beantwortet. Neben einem Stimmrecht für Ausländerinnen und Ausländer, die langfristig in der Schweiz leben, setzt sich die Fraktion SP+Grüne dafür ein, dass Jugendliche ein Mitspracherecht in der Politik haben. Auch wenn wir dies am liebsten mit einem Stimmrechtsalter von 16 hätten, unterstützen wir die Motion der FDP und möchten, dass der Gemeinderat einen Vorschlag für die Einführung eines Jugendvorstosses ausarbeitet. Uns haben sich noch die Fragen gestellt, wie die Zahl von 20 Jugendlichen entstanden ist und der genaue Altersbereich von 13- bis 18-jährigen. Wir hoffen, dass der Gemeinderat einen differenzierten, demokratisch legitimen und praktisch anwendbaren Vorschlag ausarbeitet. Falls es wieder zu einer Gemeindeabstimmung kommen würde, könnte man den Jugendvorstoss und Stellvertretungssystem zusammennehmen.

Marchand Andy, FDP: Paula, ich schliesse mich dir an. Ich möchte dazu noch sagen, dass mich die beiden Voten ein wenig enttäuschen. Liebe Leute, es kann doch kein Argument sein, dass wir hier stehen und sagen, dass wir es bereits getan haben und jetzt wollen wir nicht mehr. Es ist nun mal unsere Aufgabe als Legislative immer wieder von Neuem zu überprüfen und überlegen, sind unsere Gesetze und Verordnungen so, wie sie sein sollten. Und finden wir, nein, es nicht der Fall, müssen wir sie in Frage stellen. Das ist unser Job und nur hier stehen und sagen, wir haben es bereits getan und wollen nicht mehr, kann nicht die Antwort sein. Ich bin der Meinung, dass uns mit diesem Vorstoss nichts geschehen kann. Andere Gemeinden haben dies auch und wollen den Jugendlichen die Möglichkeit geben sich zu melden mit ihren Anliegen. Sie sammeln 20 Unterschriften um ihre Wünsche vor dem Parlament vorzubringen. Da verlieren wir keine Hoheit und können danach immer noch diskutieren, ob wir es aufnehmen oder etwas daraus machen wollen. Wir eröffnen so wenigstens eine Chance und wenn es nötig wird und die Verfassung geändert werden muss, dann ändern wir sie, resp. wir fragen das Volk, ob ja oder nein. Es ist unser Job, solche Anliegen aufzunehmen und wahrzunehmen, nicht nur sagen, wir haben es bereits getan und wollen nicht mehr. Das ist nicht ein gutes Argument.

Hodler Adrian, SP+Grüne: Ich kann mich Paula und Andy anschliessen. Diese Antwort ist für mich eine Geringschätzung für die parlamentarische Arbeit. Dasselbe Argument kam schon zur Stellvertretungsregelung und schon damals bemerkte der Grosse Gemeinderat, dass dieses Argument absolut nicht überzeugend sei. Jetzt kommt haargenau das gleiche Argument, ohne sich inhaltlich damit auseinander zu setzen. Ich weiss nicht, was ich davon halten soll. Doch, ich weiss es, spreche es aber besser nicht aus.

Jost-Pfister Catarina, Mitte/glp: So viel von mir, es geht nicht darum, dass wir nicht mehr können. Das war überhaupt nicht das Argument. Ich möchte dies hier ganz klar festhalten, es geht nicht darum, dass wir es nicht verstehen oder die Jugendlichen nicht ernst nehmen. Wir haben letztes Jahr lange darüber diskutiert, Artikel für Artikel angeschaut und dies nicht nur einmal. Wir hatten eine Kommission und ich erinnere mich, dass es ein Thema war. Warum kam es nicht damals? Vielleicht denkt man erst jetzt daran, ich weiss es nicht. Es ist für mich nicht verständlich. Lange haben wir jeden Artikel wieder und wieder durchgenommen, eine Spezialkommission gehabt und noch einmal, es geht nicht darum, dass man zu faul ist oder so, bestimmt nicht. Es geht auch nicht darum, dass man das Thema nicht wieder aufnimmt, aber dies sicher nicht in den nächsten zwei Monaten. Wir hatten genügend Zeit und wir waren viele Leute, die miteinander diskutiert haben. Hat man es einfach ausgeblendet, ist man über diese Artikel hinweg? Ich glaube nicht, dass wir nicht darüber diskutiert haben.

Marthaler Matthias, SP+Grüne: Catarina, zum Glück musst du es nicht verstehen. Wir entscheiden schlussendlich zusammen und am Ende gibt es einen Kompromiss. Für alle, die sich Sorgen machen, dass es eine Verfassung in Unruhe bringen würde, es gibt keine Verfassungsruhe. Jedes Mal, wenn wir abstimmen, können wir es in Frage stellen und dies ist unsere Aufgabe. Schlussendlich liegt es daran, dass wir alle gefragt sind. Haben wir es letztes Jahr noch nicht verstanden und möchten wir es weiterentwickeln. Es ist ein stetiger Kompromiss vom Weiterwachsen und Weitergehen und hat nichts damit zu tun, dass man seine Arbeit nicht gemacht hat. Vielleicht wurde der Fokus damals auf etwas anderes gelegt und inzwischen ist etwas passiert. Es ist nicht der Punkt, dass man es versteht, sondern tolerieren, dass es in Frage gestellt wird. Wie bei der Stellvertretungsregelung sage ich noch einmal das gleiche. Es ist eine gute Sache, andere Gemeinden haben es auch bereits und wir können auch so weiterkommen und alles, was das Mitwirken unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger zusätzliche Möglichkeiten verschafft, ist in meinen Augen etwas Wichtiges und Wertvolles. Dafür können wir uns einsetzen.

Fivian Bruno, SVP: Motionäre, Votanten und Provokanten, haben mich überzeugt. Ihr habt recht und ich werde zustimmen und halte meine Fraktion an, mir gleichzutun.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus: Der Gemeinderat bearbeitet eine Motion zu dem Zeitpunkt, wenn sie überwiesen und nicht wenn sie eingereicht wird. Entscheidet nun, ob sie überwiesen werden soll, und der Gemeinderat wird im Nachgang ein entsprechendes Geschäft vorbereiten, nicht vorher. Sachlich haben wir nichts dagegen. Wir haben darauf hingewiesen, was die Debatte gefüllt hat, aber wir setzen uns damit auseinander, wenn sie überwiesen wird, wenn der GGR will. Also stimmt jetzt zuerst einmal ab.

Beschluss:

Die Motion der FDP-Fraktion mit dem Titel "Einführung Jugendvorstoss" wird als erheblich erklärt.

"Stand der Umsetzung Digitalisierung der Verwaltung und Datenschutz", einfache Anfrage der FDP-Fraktion: Stellungnahme

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 426	24.06.2024	7	2021/24-258	37995	13/10

Feststellung:

Von der Stellungnahme des Gemeinderates zur einfachen Anfrage der FDP-Fraktion mit dem Titel "Stand der Umsetzung Digitalisierung der Verwaltung und Datenschutz" wird Kenntnis genommen.

"Begrünung öffentlicher Flächen"; Postulat der SP+Grüne-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung

Sitzung Nr. 426	Datum 24.06.2024	Traktandum 8	Beschlusnummer 2021/24-259	Geschäftsnummer 37869	Archivnummer 37/2
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	----------------------

Detailberatung

Maurer Rolf, SP+Grüne: Als ich die Antwort des Gemeinderates auf unser Postulat gelesen habe, war ich etwas verwirrt. Zuerst werden etliche Argumente gegen das Postulat aufgeführt und zum Schluss steht im Antrag, ich zitiere: Das Postulat der SP+Grüne mit dem Titel "Begrünung öffentlicher Flächen" wird als erheblich erklärt. Sehr erfreut haben wir dies zur Kenntnis genommen, dass der Gemeinderat die Zeichen der Zeit erkannt hat und bereit ist, einen Entsiegelungsplan zu erstellen und zu prüfen, wo öffentliche versiegelte Flächen entsiegelt werden können und eine Zeitlinie mit Meilensteinen festzulegen. Die Hitzeproblematik in den Zentren nimmt zu. Versiegelte Flächen absorbieren die Wärme und kühlen während der Nacht nicht mehr richtig ab. Das ist schon heute nicht mehr angenehm und eine gesundheitliche Belastung für ältere Leute. Mit dem Klimawandel wird sich dies noch verschlimmern. Entsiegelung und Begrünungen können solchen Hitzeinseln entgegenwirken. Sie haben nicht nur positive Wirkung auf das Mikroklima, sondern erhöhen die Lebensqualität der Bevölkerung, steigern die Standortattraktivität und gleichzeitig die Biodiversität. Schliesslich geht es heute auch nicht darum, Geld auszugeben oder Strassen aufzureissen, sondern darum zu schauen, wo man konkret etwas machen könnte. Wenn es dann so weit sein sollte, können wir uns immer noch um die Sache streiten. Aus diesen Gründen bitten wir euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, das Postulat der SP+Grüne-Fraktion "Begrünung öffentlicher Flächen" als erheblich zu erklären.

Bigler Markus, SVP: Erfreut stellen wir fest, dass frühere SVP-Interventionen bei solchen Themen vom Gemeinderat erhört worden sind. Ist man sich mittlerweile doch bewusst geworden, dass Flächen, die unterbaut sind, sich schlecht eignen für Baumbepflanzungen. Der Gemeinderat hat erkannt, dass solche Begrünungsübungen die Kosten steigern, aus unserer Sicht nicht nur beim Unterhalt, sondern auch in der Erstellung. Wer in der Gemeinde Worb wohnt, egal ob in Worb oder Rüfenacht, von den Aussenorten gar nicht zu sprechen, ist in kurzer Zeit im Naherholungsgebiet, zum Beispiel im Wald. Dass man in den paar heissen Tagen im Jahr sich nicht die paar Schritte in unsere Naherholungsgebiete bewegen will, hat aus unserer Sicht mit Bequemlichkeit, überhöhten Luxusanforderungen und auch ein wenig mit Faulheit zu tun. Unsere Empfehlung für Bewohner im Dorf: Unsere geschützten Naherholungsgebiete nutzen. Aus diesen Gründen erklären wir dieses Postulat als nicht erheblich.

Beschluss:

Das Postulat der SP+Grüne-Fraktion mit dem Titel "Begrünung öffentlicher Flächen" wird als erheblich erklärt.

"Wohnen im Alter", Interpellation der SP+Grüne-Fraktion: Stellungnahme

Sitzung Nr. 426	Datum 24.06.2024	Traktandum 9	Beschlusnummer 2021/24-260	Geschäftsnummer 37870	Archivnummer 41/71/0
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	-------------------------

Detailberatung

Mosimann Heidi, SP+Grüne: Kurz, auf einen Nenner gebracht könnte man sagen nein, aber trotzdem dankt die Fraktion SP+Grüne dem Gemeinderat für die Stellungnahme zu unseren Fragen. Wie gesagt, wir sind nicht zufrieden mit den Antworten. Wir ärgern uns ein wenig, dass anstatt mit konkreten Antworten zu den Fragen zum Teil mit Floskeln geantwortet wurde. Erstaunt hat uns auch, dass aus Sicht des Gemeinderates in diesem Bereich alles zum Besten stehen soll, vor allem wenn man im Alterskonzept lesen kann, ich zitiere: Günstiger Wohnraum wird von 75 % der Befragten gefordert oder gewünscht. Ein Dauerbrenner auf der Sorgenliste älterer Menschen. Es ist also ein Problem. Davon ausgehend wurde im Alterskonzept die Zielsetzung klar festgelegt, dass bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht und Bewohnerinnen und Bewohner von Worb möglichst lange finanziell unabhängig leben können. Gewisse Äusserungen wirken sogar fast schon zynisch,

zum Beispiel, wenn man die Fakten anschaut. Im Moment gibt es in Worb genau fünf Wohnungen, die mit Ergänzungsleitungen bezahlbar wären. In der Alterssiedlung Flora wäre es nur gerade das Studio oder die kleinste 2-Zimmer-Wohnung, welche mit Ergänzungsleistungen finanzierbar wäre. Das Problem ist, dass das Flora gar keine freien Wohnungen anzubieten, sondern eine lange Warteliste hat. Das sind nur zwei Beispiele, wie man auf die Antworten des Gemeinderates reagieren kann. Ist alles zum Besten bestellt, wird genug gemacht? Wohl kaum. Aus unserer Sicht besteht Handlungsbedarf und die Fraktion SP+Grüne überlegt sich weitere Schritte.

Feststellung:

Von der Stellungnahme des Gemeinderates zur Interpellation der SP+Grüne-Fraktion mit dem Titel "Wohnen im Alter" wird Kenntnis genommen.

Postulat der SP+Grüne-Fraktion mit dem Titel "Bessere Begründung für abzuschreibende Vorstösse"

Sitzung Nr. 426	Datum 24.06.2024	Traktandum 10	Beschlusnummer 2021/24-261	Geschäftsnummer 38327	Archivnummer 12/0/0
--------------------	---------------------	------------------	-------------------------------	--------------------------	------------------------

"Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen, in welcher Form er dem Parlament ausführlicher darlegen und begründen kann, weshalb ein Vorstoss abgeschrieben werden soll. Begründung: Damit das Parlament entscheiden kann, ob ein Vorstoss abgeschrieben werden soll, braucht es genügend und nachvollziehbare Fakten und klare Entscheidungskriterien. Wiederholt wurden Vorstösse des Parlaments im Verwaltungsbericht zur Abschreibung vorgeschlagen, bei denen nicht klar und eindeutig ersichtlich ist, wie der Vorstoss geprüft wurde und in welcher Tiefe. In wenigen Zeilen wird erklärt, was der Stand der Dinge ist. Bei den Begründungen fehlen oft grundlegende Fakten und nachvollziehbare Kriterien. Für abzuschreibende Vorstösse soll dem Parlament ein detaillierterer Bericht zu den Abklärungen vorgelegt werden. Die Nachvollziehbarkeit der Begründung muss zwingend gegeben sein."

Guido Federer
Präsident

Jürg Bigler
Protokollführer

Genehmigt in der Sitzung vom 9. September 2024

Jürg Bigler
Sekretär